

An die
Energie-Control Austria für die Regulierung der
Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft (E-Control)
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien
per E-Mail an:
tarife@e-control.at

BKA - V (Verfassungsdienst)
verfassungsdienst@bka.gv.at

Mag. Andreas Honeder, BSc (WU)
Sachbearbeiter

ANDREAS.HONEDER@BKA.GV.AT
+43 1 53 115-203947
Ballhausplatz 2, 1010 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte
unter Anführung der Geschäftszahl an
verfassungsdienst@bka.gv.at zu richten.

Geschäftszahl: 2021-0.775.633

**Entwurf einer Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit
der die Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 geändert wird
(SNE-V 2018 – Novelle 2022);
Begutachtung; Stellungnahme**

Zu dem Verordnungsentwurf nimmt das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst wie folgt
Stellung:

I. Allgemeines

Zu legislativen Fragen wird allgemein auf die Internet-Adresse
<https://www.bka.gv.at/agenda/verfassung/legistik.html>¹ hingewiesen, unter der
insbesondere das [EU-Addendum](#)² zu den Legislativen Richtlinien 1990 (im Folgenden mit
„Rz .. des EU-Addendums“ zitiert) zugänglich ist.

Die Übereinstimmung der im Entwurf vorliegenden Verordnung mit dem Recht der
Europäischen Union sowie mit den in Anspruch genommenen gesetzlichen Grundlagen ist
vornehmlich von der do. Stelle zu beurteilen.

¹ Zur Aktivierung von Links (wie diesem) in PDF/A-Dokumenten vgl.
https://www.ag.bka.gv.at/at.gv.bka.wiki-bka/index.php/Link-Aktivierung_in_PDF/A-Dokumenten.

² <https://www.bka.gv.at/dam/jcr:05576711-8715-4c8b-a3e8-fda1f437e861/addendum.doc>

II. Zum Verordnungsentwurf

Zu Z 2 (§ 5 Abs. 1 Z 1 bis 7):

Es wird angeregt, in Z 1 lit. a und 2 lit. a im Sinne der Einheitlichkeit (siehe etwa den vorgeschlagenen § 3 Abs. 1 Z 1, aber auch die anderen Literae in Z 1 und 2) jeweils die Wortfolge „Österreichischer Bereich“ durch die Wortfolge „Bereich Österreich“ zu ersetzen.

Die Spaltenüberschriften der Tabellen in den Z 6 und 7 dürften abweichend zu den Z 1 bis 5 formatiert sein. Eine Anpassung an die anderen Ziffern wird angeregt.

Zu Z 7 lit. I wird angeregt, die Subliterae entsprechend der Reihung in den anderen Literae zu reihen (also: gemessene Leistung; nicht gemessene Leistung; unterbrechbar; gemessene Leistung, Doppeltarif; nicht gemessene Leistung, Doppeltarif).

Zu Z 4 (§ 5 Abs. 2):

In Z 2 müsste es „zahlt an Austrian“ lauten und in Z 7 sollte geprüft werden, ob vor der Zahl „103,5“ ein überflüssiger Punkt gesetzt wurde.

Es wird angeregt, die bei den Erläuterungen zu § 5 Abs. 2 dargestellten Zahlungsmodalitäten auch im Verordnungstext abzubilden. Aus dem derzeitigen Entwurf scheint sich eine Knüpfung der Auszahlung durch die Austrian Power Grid AG an bereits erhaltene Einzahlungen nicht ableiten zu lassen (arg. „wobei alle Rechnungen am 15. des dem Leistungserbringungsmonat folgenden Monats fällig sind“).

Zu Z 6 (§ 6 Z 1 bis 15):

Es sollte darauf geachtet werden, dass das in Z 11 und 13 bei NE 2 verwendete Zeichen mit dem im erläuternden Ausdruck am Ende verwendeten Zeichen ident ist.

Zu Z 7 (§ 9 lit. a bis c):

Im Sinne der Anmerkungen zu Z 2 sollte es „Bereich Österreich“ lauten.

Zu Z 8 (§ 10 Abs. 1):

Es sollte geprüft werden, ob die einzufügende Wortfolge „und Messeinrichtung“ lauten müsste.

Zu Z 10 (§ 11 Abs. 1 Z 2 lit. b bis d):

In der Novellierungsanordnung müsste es „§ 11 Abs. 1 Z 2“ lauten.

Zu Z 11 (§ 13 Abs. 1 Z 1 bis 6):

Es wird angeregt, die Tabellen in Z 1 bis 4 zumindest in Hinblick auf die Umrandung der Zellen und die Formatierung der Spaltenüberschriften (zentriert) einheitlich zu formatieren und innerhalb der einzelnen Tabellen bei gleichwertigen Zellen die idente Schriftgröße zu verwenden („Stadtwerke Amstetten“ scheint mit einer größeren Schriftgröße als „wüsterstrom E-Werk GmbH“ formatiert zu sein).

Es wird angeregt, auch Z 5 und 6 im Sinne der Einheitlichkeit als Tabellen zu formatieren oder zumindest die verwendeten Untergliederungseinheiten mit der entsprechenden E-Rechts-Formatvorlage zu formatieren.

Es ist unklar, weshalb in den Z 1 bis 4 mit den Begriffen „Zahler“ und „Empfänger“ das Auslangen gefunden wird, in Z 5 und 6 allerdings auf „Ausgleichszahlungszahler“ und „Ausgleichszahlungsempfänger“ abgestellt wird. Da offenbar beiden Begriffspaaren derselbe Bedeutungsgehalt beigemessen werden soll, wird eine Vereinheitlichung angeregt.

Es wird darauf hingewiesen, dass für den Netzbereich Oberösterreich in Z 5 vier Zahler festgelegt werden, für den Netzbereich Linz in Z 6 hingegen nur ein Zahler. Der Bedeutungsgehalt der Aussagen in den Erläuterungen, wonach „die Abwicklung der Ausgleichszahlungen über die Netz Oberösterreich GmbH und über die Linz NETZ GmbH“ (auf die unterschiedliche Schreibweise in Entwurf und Erläuterungen sei hingewiesen) funktioniere und diese Netzbetreiber „in der Verordnung“ mit der Abwicklung betraut würden, ist unklar. Es ist fraglich, inwieweit sich aus der Verordnung für den Netzbereich Oberösterreich eine Verpflichtung zur Abwicklung der Ausgleichszahlungen der übrigen Zahler durch die Netz Oberösterreich GmbH ableiten lässt.

Zu Z 12 (§ 14 Abs. 6):

Es wird darauf hingewiesen, dass § 3 Abs. 1 Z 1, § 10 Abs. 1 und § 11 Abs. 1 Z 2 lit. b und d in der Inkrafttretensbestimmung nicht erfasst werden und somit mit Ablauf des Tages der Kundmachung in Kraft treten würden.

III. Zu den Materialien

Zum Vorblatt:

Es wird darauf hingewiesen, dass die Richtlinien nicht mit ihrem vollständigen Titel zitiert werden (siehe zur korrekten Zitierung Rz. 51ff des EU-Addendums). Bei den „Besonderheiten des Normsetzungsverfahrens“ (es müsste „Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens“ lauten) müsste es „und ist den in § 48“ lauten.

Zu den Erläuterungen:

Die Überschriften sollten entsprechend Punkt 93 der Legistischen Richtlinien 1979 gestaltet werden (etwa: „**Zu Z 1 (§ 3 Abs. 1 Z 1):**“).

Zu Z 1 (§ 3 Abs. 1 Z 1):

Im zweiten Satz sollte es lauten: „[...] allerdings sind die Kosten gemäß den neuen rechtlichen Bestimmungen nicht zu berücksichtigen.“

Zu Z 2 (§ 5 Abs. 1 Z 1 bis 7):

Im vierten Absatz sollte der Beistrich nach dem Wort „folgend“ entfallen.

Zu Z 6 (§ 6 Z 1 bis 15):

Im ersten Absatz sollte im ersten Satz der Beistrich nach dem Wort „folgend“ entfallen. Im vierten Satz sollte es „kostensenkend wirkt“ lauten. Im fünften Satz sollte es „~~sinkende~~“ lauten.

Zu Z 9 (§ 10 Abs. 3 Z 2 und 3):

Es müsste „Prepaymentzählung“ lauten.

Zu Z 11 (§ 13 Abs. 1 Z 1 bis 6):

Im zweiten Absatz sollte der Beistrich nach dem Wort „Mengengerüsts“ entfallen.

Zur TGÜ:

Auch bei Entwürfen von Verordnungsnovellen wäre eine Textgegenüberstellung³ für die Begutachtung hilfreich.

Wien, am 26. November 2021

Für die Bundesministerin für EU und Verfassung:

MMag. Josef Bauer

Elektronisch gefertigt

³ Vgl. <https://www.ag.bka.gv.at/at.gv.bka.wiki-bka/index.php/Textgegen%C3%BCberstellung>

